

Vorwärts

Morgen-Ausgabe
Nr. 43 A 22 50. Jahrg.

DONNERSTAG
26. Januar 1933

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 27 21 22 bis 207
Telegraphisch: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.
Bezugsbedingungen mit Anzeigenpreis
liste am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Gegen reaktionäre Staatsstreichpläne!

Die Sozialdemokratie warnt die Reaktion

Wieder Bülowplatz

Bemerkungen zu einer kommunistischen Demonstration

Von Friedrich Stampfer

In einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Mittwoch, dem 25. Januar 1933, ist folgender Beschluß gefaßt worden:

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erheben schärfsten Protest gegen den Plan der Proklamierung eines sogenannten staatlichen Notstandes. Seine Verwirklichung würde auf einen Staatsstreich hinauslaufen, der dem Volk seine verfassungsmäßigen Rechte raubte und jenen Eliten zugutekäme, die ohne Rücksicht auf die Gesamtheit und vor allem auf die Arbeiterklasse ihre Sonderinteressen vertreten und dabei die Kritik des Parlaments zu scheuen allen Grund haben. Ein solcher Staatsstreich würde einen rechtslosen Zustand schaffen, gegen den jeder Widerstand erlaubt und geboten ist.

Kreis Weihensee tritt besonders an Lehderstr.; Spitze Greifswalder Str. Abmarsch 13 Uhr durch: Greifswalder, Danziger Straße, dann Anschluß an Zug Danziger Straße.

Stellplatz Küstriner Platz:

Kreise: Friedrichshain, Treptow, Köpenick und (Nichtenberg). Abmarsch 13.45 Uhr durch: Paul-Singer-, Blumen-, Schilder-, Stralauer-, Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Kreis Nichtenberg tritt besonders an: Bühlischplatz. Abmarsch 13 Uhr durch: Bühlisch-, Kopernikus-, Lorenz-, Küdersdorfer Straße, Küstriner Platz und dann Anschluß an Zug Küstriner Platz.

Stellplatz Hohentauernplatz:

Kreise: Kreuzberg und (Neußölln) Abmarsch: 13.15 Uhr durch: Kottbuser Damm und Str., Dresdener-, Prinzen-, Reander-, Brücken-, Alexander-, Schilder-, Stralauer-, Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Kreis Neußölln tritt besonders an: Hertzbergplatz. Abmarsch 12.30 Uhr durch: Kaiser-Friedrich-Str., Kottbuser Damm, dann Anschluß an Zug Hohentauernplatz.

Stellplatz Hornstraße:

Kreise: Wilmersdorf, Zehlendorf, Schöneberg, Steglitz und (Tempelhof). Abmarsch 13 Uhr durch: Jork-, Gneisenau-, Baerwald-, Prinzen-, Reander-, Brücken-, Alexander-, Schilder-, Stralauer-, Kloster-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Kreis Tempelhof tritt besonders an: Wiltelstr.; Spitze Berliner Str. Abmarsch 12 Uhr durch: Berliner-, Friedrich-Karl-, Kantteuffel-, Borussia-, Berliner-, Belle-Alliance-, Gneisenaustr., dann Anschluß an Zug Hornstraße.

Stellplatz Kleiner Tiergarten:

Kreise: Tiergarten und Charlottenburg. Abmarsch 13.15 Uhr durch: Alt Roabit, Invaliden-, Hefische-, Hannoverische-, Elässer-, Artilleriestr., Am Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.

Stellplatz Bahnhof Spandau-West:

Kreis Spandau: 12.15 Uhr: Fahrt bis Bahnhof Börse mit S-Bahn. Die Teilnehmer erreichen über Burgstraße, Friedrichs-Brücke den Lustgarten.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin. Stellplatz Neuer Markt:

Abmarsch 13.45 Uhr durch: Kaiser-Wilhelm-Str. zum Lustgarten.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold:

Die Kameraden marschieren nach Schluß ihrer Übung (etwa 12 Uhr) von Tegel kommend, durch: Berliner-, Seidel-, Scharnweber-, Müller-, Chaussee-, Friedrich-, Dramenburger-, Artilleriestraße, Am Kupfergraben, Eisene Brücke, zum Lustgarten.

Rückmarsch

Kreise Mitte, Wedding: Marsch durch Schloßfreiheit, Schloßplatz, Breite, Kof., Neue Kof., Neue Jakob-, Köpenicker-, Brücken-, Alexander-, Remhardt-, Rinz-, Weinmeister-, Kolonnen-, Brunnen-, Stralauer Str., Vintaplag.

Kreis Reinickendorf: wie Kreis Mitte usw. bis Brunnenstr., dann weiter wie Anmarsch.

Kreis Pankow: wie Kreis Mitte usw. bis Remhardtstr., dann Kaiser-Wilhelm-, Hantkestr., Schönhauser Allee, Berliner, Breite Str.

Kreis Prenzlauer Berg: wie Kreis Mitte usw. bis Remhardtstr., dann Kaiser-Wilhelm-, Hantkestr., Schönhauser Allee, Weihenburger-, Danziger Straße.

Kreis Weihensee: wie Kreis Prenzlauer Berg bis Danziger Str., dann weiter wie Anmarsch.

Kreise Friedrichshain, Treptow und Köpenick: wie Kreis Mitte usw. bis Köpenicker-, Ode Brückenstraße, dann Köpenicker Str., Engelster, An der Schillingsbrücke, Andreasstr., Paul-Singer-Str. bis Küstriner Platz.

Kreis Lichtenberg: wie Kreis Friedrichshain usw. bis Küstriner Platz, dann weiter wie Anmarsch.

Kreis Kreuzberg: durch Schloßfreiheit, Brüder-, Vertrauensstr., Spittelmarkt-, Beuth-, Kommandanten-, Oranien-, Dresdener-, Kottbuser Straße, Kottbuser Damm, Hohentauernplatz.

Kreis Neußölln: wie Kreis Kreuzberg bis Kottbuser Damm, dann weiter wie Anmarsch.

Kreise Tiergarten und Charlottenburg: wie Kreis Mitte usw. bis Weinmeisterstr., dann Gips-, August-, Al. Hamburger-, Elässer-, Hannoverische-, Hefische-, Invalidenstr., Alt Roabit, Kl. Tiergarten.

Kreis Spandau: Rückfahrt mit S-Bahn.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin: Durch Schloßfreiheit, Schloßplatz, König-, Spandauer-, Bischoffstr., Neuer Markt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold: Die Kameradschaften des Reichsbanners hängen sich beim Abmarsch an die Züge ihrer Kreise an.

Sonntag, 14 1/2 Uhr, Lustgarten!

Aufmarschplan / Anmarsch

Stellplatz Vintaplag:

Kreise: Mitte, Wedding, Pankow und (Reinickendorf); Spitze Brunnenstr. Abmarsch: 13.15 Uhr durch: Brunnen-, Elässer-, Artilleriestr., Am Kupfergraben, Museumstr., Lustgarten.

Kreis Reinickendorf tritt 12.30 Uhr besonders in der Krosa-Allee zwischen Haupt- und Center Straße an. Dann Marsch durch: Krosa Allee, Berner-, Residenz-, Schweden-, Bad-, Brunnenstraße, dann Anschluß an Zug Vintaplag.

Stellplatz Danziger Straße:

Kreise: Prenzlauer Berg und (Weihensee); Spitze Weihenburger Straße. Abmarsch: 13.30 Uhr durch: Weihenburger Str., Schönhauser Allee, Hantke-, Kaiser-Wilhelm-Str., Lustgarten.

Berlin bleibt rot!

Der japanische Krieg Bombenwürfe auf Bahnlinsen

Mukden, 25. Januar.

Wie das japanische Oberkommando selbst mitteilt, haben japanische Bombenslugzeuge die Eisenbahnlinie Tschingwanglau—Peking durch Bombenwürfe unterbrochen. Tschingwanglau ist dadurch von dem Hauptquartier des Marschalls Tschangkuellang abgeschnitten.

Das japanische Außenministerium hat seinen Botschafter in Moskau, Ota, beauftragt, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß japanische Truppen demnächst in Sachalin einmarschieren werden. Sachalin liegt ganz nahe bei Blagowestschensk, der Hauptstadt des russischen Amurgebietes.

Auf den Marxennantafeln, früher deutsches

Schutzgebiet, jetzt japanisches Mandatsgebiet des Völkerbundes, legen die Japaner insgeheim Unterseebootsstützpunkte an — als ob das ihr Staatsgebiet wäre!

Der Krach in der SA. Bildung eines „Freikorps Ruhr“

Nürnberg, 25. Januar.

Wilhelm Stegmann übergibt der Presse eine Erklärung, daß sich in Essen ein „Freikorps Ruhr“ aus SA-Gruppen gebildet und um Aufnahme bzw. Unterstellung unter das Freikorps Franken gebeten habe.

Hitlerjungen für Fremdenlegion!

Halle, 25. Januar.

In Halle waren seit einiger Zeit vier Hitlerjungen verschwunden. Sie sind

jetzt in einem Münchener SA-Heim von der Kriminalpolizei aufgefunden worden.

Die Burschen wissen zu viel über die Zustände im braunen Sumpf. Deshalb sollten sie verschwinden. Sie wurden zu diesem Zweck mit allem Notwendigen aufs beste ausgerüstet, über Weimar, Gotha und Coburg auf Rädern nach München geschickt. Von dort sollten sie über die österreichische Grenze geschafft werden und von da nach Windhut (Südwestafrika), Kalifornien, Kairo und in die französische Fremdenlegion. Dieser Plan scheiterte an der Erkrankung des einen Hitlerjungen. Die Münchener Kriminalpolizei erfuhr den Aufenthaltsort, so daß die vier Hitlerjungen wieder nach Halle zurückgebracht wurden. Der hiesige Führer der Hitlerjugend, Dr. Hengst, ist inzwischen von der Polizei verhaftet worden. Hengst war noch bis vor kurzem Mitglied der Reichsleitung der Hitlerjugend.

Mein Beruf als Journalist hat mich gestern abend auf den Bülowplatz geführt. Ich gestehe, daß ich das dort Geschehene als ein Erlebnis empfunden habe.

Auch das schärfste Urteil über die Politik der kommunistischen Führung kann nichts ändern an der Hochachtung, die diese Massen verdienen. Durch klingenden Frost und schneidenden Wind zogen sie in abgehabten Mänteln, in dünnen Jacken, in zerrissenen Schuhen stundenlang. Zehntausende blasser Gesichter, aus denen die Not sprach, aus denen aber auch der Opfermut sprach für die Sache, die sie für die richtige halten. Aus ihren rauhen Stimmen klang der Haß, der tausendmal berechtigter Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sie zu Rot und Glend verdammt, der Protest, der tausendmal berechtigter Protest gegen den grotesken Wahnsinn, die schreiende Ungerechtigkeit unserer sozialen Zustände. Der wäre kein Sozialist, der diesen Haß, diesen Protest nicht mitempfindet!

Man merkte, daß sie hier zuhause waren, Menschen der Rot in den Quartieren der Rot. Am letzten Sonntag war es die Invasion einer feindlichen Macht, die von zehntausend Bewaffneten geschützt war. Gestern war es ein Bild eines freien Volkslebens. Bei fast völliger Abwesenheit von Schutzpolizei herrschte musterergültige Ordnung und Disziplin. Es verdient erwähnt zu werden, daß sich auch die Schutzpolizei zu allermeist tadellos und keineswegs feindselig benahm. Die Schule Severings und Orzelskis scheint da doch noch etwas nachzuwirken. Wenn die Beamten den Willen zur Unparteilichkeit haben und wenn sie auch ein wenig darauf Rücksicht nehmen, daß die Nerven schlecht ernährter Menschen besonders empfindlich sind, dann wird mancher kleine Zwischenfall leicht beigelegt, der sonst gefährliche Dimensionen annimmt.

Im großen Berlin laufen ein paar tausend Messerstecher herum, die jeder Partei, der sie sich anschließen, zur Linde gereichen. Der größte Teil dieser wenig respektablen Sorte läuft heute mit den Nazis, während ein kleinerer sich den Kommunisten zugesellt. Aber die Zehntausende, die gestern über den Bülowplatz marschierten, waren bestimmt keine „Untermenschen“ und keine „rote Nordbestie“ — es waren Arbeiter, genau ebenso wie die Arbeiter, die in der Sozialdemokratischen Partei organisiert sind und die am nächsten Sonntag den Lustgarten füllen werden.

Allerdings hat mir auch diese kommunistische Kundgebung einen Eindruck verstärkt, den ich auch schon bei früheren Demonstrationen erhalten habe. Vereinfacht man die Massen der KPD und die unseren, so bemerkt man die Anfänge einer neuen sozialen Differenzierung.

Mögen die Kommunisten auch zahlreiche qualifizierte Arbeiter in ihren Reihen zählen und haben wir auch in Berlin Zehntausende, im Reich Hunderttausende eingeschriebene Mitglieder, die um nichts besser gestellt sind als die Masse der kommunistischen Arbeiter und Erwerbslosen, so zeigt sich doch im Durchschnitt bei den relativ besser gestellten Schichten mehr Verständnis für die Politik der Sozialdemokratie, bei den schlechter gestellten mehr Neigung zu kommunistischer Gefühls-politik.

Hier, scheint mir, beginnen sich Gräben innerhalb der Arbeiterklasse zu bilden, die gefährlich sind und die ausgefüllt werden müssen. Denn wenn der ausge-

Läßt sich Hitler amnestieren?

Will er dem Prozeß mit dem „Vorwärts“ ausweichen?

Spätere Glendproletarier sich nicht mehr als Klassengenosse des qualifizierten Arbeiters fühlt, dann wird die Parteispaltung sozial unterbaut — sie und die Schwächung der Arbeiterklasse könnte auf solche Weise vorweggenommen werden. Aufschärfte müssen wir Sozialdemokraten darum uns zu der Auffassung bekennen, daß das ganze arbeitende Volk vom bestbezahlten Arbeiter bis zum letzten Glendproletarier Klassenmäßig zusammengehört.

Auf einer Tribüne vor dem Karl-Liebknecht-Haus standen die Führer und Genossen das Schauspiel der vorbeistudenten Massen, der im eifigen Winde flatternden Fahnen. Wahrlich, sie verdienen diese Befolgung nicht! Ich halte jedes Wort der Kritik an jenen Führern für berechtigt — aber mich dünkt auch die Frage des Nachdenkens wert, wieso es dieser geistig und moralisch nicht gerade hochstehenden Führerschaft gelingen konnte, zwischen diese Massen und uns Sozialdemokraten einen Abgrund zu legen ...

Daß trotzdem diese Massen und wir in unserem Bewußtsein zusammengehören und daß wir dazu da sind, für sie zu arbeiten und zu kämpfen, auch wenn sie uns mißverstehen und unsere Absichten mißdeuten, darin liegt die tiefste Rechtfertigung des Kampfes, den wir gegen den Kommunismus führen. Wir würden unrecht tun, wenn wir auch nur den kleinsten Teil des Hasses, mit dem wir den kommunistischen Führern ihren Haß gegen uns vergelten, auf diese Massen übertragen wollten. Wir kämpfen nicht gegen sie, sondern für sie.

Und wenn sie auch noch nicht uns verstehen, so sind wir doch verpflichtet, sie zu verstehen. Sie marschieren im eifigen Winterwind, schlecht genährt und gekleidet, durch die Straßen einer Stadt, in der Technik und Arbeit alles aufgehäuft haben, was die Menschen zu einem behaglichen Leben brauchen. Hunger bei überfüllten Scheunen, zitternder Frost bei unendlichen Kohlenvorräten, keine Wäsche, keine Kleider für die Kinder, während Textilien unverkäuflich sind, Maschinen rostigen, Menschen unnützig hungern — sollen sie diese Zustände nicht hassen? Solange sie glauben, daß der Kommunismus der wirksamste Ausdruck dieses Hasses ist, werden sie ihm anhängen. Und erst wenn sie bemerken werden, daß ihre Führer zum Kampf gegen den Kapitalismus nur das Geschrei liefern, während wir die Arbeit leisten, erst dann werden sie den Weg zu uns finden.

So manche, die ich gestern vorbeimarschieren sah, sind Söhne jener sozialdemokratischen Arbeiter, mit denen wir vor 25 Jahren für das gleiche Wahlrecht auf die Straße gingen. Von den Alten sind sicherlich viele damals mit uns gewesen. Wollern erfreuten sie sich, hungrig und durchgefroren, eines Restes der von der Sozialdemokratie erkämpften und verteidigten demokratischen Freiheit, ohne zu ahnen, daß ihre Führer drauf und dran sind, auch sie zu verpielen! So liegt die Last des Kampfes für die Freiheit, ohne die es keinen Sozialismus gibt, ganz auf unseren Schultern. Wir führen ihn für die ganze Arbeiterklasse, auch für jene Massen, die sich heute noch zu unseren Begnern zählen, und wenn wir am nächsten Sonntag marschieren, marschieren wir auch für sie!

Neuer SA.-Mord

Gewerkschaftsfunktionär niedergestochen

Leipzig, 28. Januar.

Die politischen Ermittlungen nach dem Mord der des Arbeiters und Gewerkschaftsfunktionärs Reben in Bressen bei Eilenburg sind erfolgreich gewesen. Als Täter wurde der SA.-Gruppenführer Siebert festgenommen. Der Mordbube hatte Reben als Gewerkschaftsfunktionär kennengelernt. Ohne jeden Grund wurde Reben auf dem Heimwege von einer Veranfassung überfallen und zu Tode mißhandelt. Siebert will aus Mord gegen die Margisten und Gewerkschaften den eifigen Funktionär Reben befehligen haben. Reben hinterläßt eine Witwe mit drei kleinen Kindern.

Ablicher Oberpräsident

Brachts Personalpolitik

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist der Regierungspräsident von Hannover, von Bellen, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen ernannt und mit der kommissarischen Verwaltung der Stelle des Oberpräsidenten in Magdeburg beauftragt worden.

Mit Datum vom 18. Januar hat der Münchener Amtsgerichtspräsident Frank das Verfahren „in der Privatklage des Regierungsrats Adolf Hitler in München gegen den Schriftleiter Victor Schiff in Berlin wegen Beleidigung“ eingestellt und die Kosten niedergeschlagen. Es heißt in der Begründung: „Es haben zwar der Privatkläger und der Beschuldigte es abgelehnt, einen förmlichen Antrag auf Einstellung des Verfahrens zu stellen. Das Verfahren darf aber trotzdem nicht fortgesetzt werden.“

Mit diesem Gerichtsbeschluss entfällt für Regierungsrat Hitler und seinen Rechtsbeistand Frank II der letzte formale Grund, den sie bisher anführen konnten, um nicht auf Grund der Wiederholung unserer Anschuldigungen in Nr. 614 des „Vorwärts“ vom 30. Dezember 1932 den von uns geforderten neuen Strafantrag zu stellen.

Indessen wollen wir auch nicht dem nationalsozialistischen Führer den Vorwand lassen, der übrigens weder juristisch noch politisch stichhaltig wäre, daß jener Artikel vom 30. Dezember vor dem offiziellen Einstellungsbefehl erschienen sei

und daher keine Handhabe zu einer neuen Klage biete. Dieser Artikel ist nämlich zehn Tage nach dem Inkrafttreten des Amnestiegesetzes erschienen. Trotzdem seien hier seine entscheidenden Stellen nochmals wiederholt:

„Adolf Hitler hat Anfang April 1932 in Lauenburg eine Rede gehalten, in der er es ablehnte, seine SA-Mannschaften im Falle eines polnischen Einbruchs zum Schutze der Grenzen zur Verfügung zu stellen, solange das „System“ nicht beseitigt wäre.

Diese Rede bedeutete inhaltlich eine Bestätigung gewisser Landesverräterischer Befehle, die zur selben Zeit von den maßgebenden Stellen der SA im deutsch-polnischen Grenzgebiet herausgegeben worden waren.

Mag auch das formaljuristische Merkmal des vollendeten Landesverrats in der Rede Hitlers und in den beschlagnahmten SA-Dokumenten gefehlt haben, weil kein Kriegszustand zwischen Deutschland und Polen bestand, an der Beurteilung der Handlungsweise der Täter wird dadurch

nichts geändert: moralisch hat Hitler Landesverrat begangen, und dies wird hiermit öffentlich wiederholt, damit er seinen Strafantrag erneuere.“

Jetzt bleibt uns elbstweisen nichts anderes übrig, als abzuwarten, ob sich die andere Seite endlich meldet. Sollte kein Strafantrag erfolgen, dann wird jeder wissen, daß er die Beweisaufnahme scheut, die von unserer Seite unter Rennung mehrerer ehrengezeugen seiner Lauenburger Rede und mehrerer politischer Zeugen, die über den Inhalt der beschlagnahmten Landesverräterischen SA-Befehle Bescheid wissen, angeboten worden ist.

Das würde praktisch darauf hinauslaufen, daß Hitler, um einem peinlichen Prozeß auszuweichen, die Amnestie für sich in Anspruch nimmt, auf die der „Vorwärts“ verzichtet.

Oder, noch deutlicher: Klagt Adolf Hitler nicht aufs neue, so bedeutet das für jeden logisch denkenden Menschen, daß er lügt.

Klagt er aber doch — beim Münchener Amtsgericht sehen wir uns wieder!

Hermine Osthilfebettel

Unwahre Ablehnungsversuche der Hohenzollern

Die Enthüllungen über die ungeheuren Skandale in der Osthilfe sind von der agrarierfreundlichen Presse mit Schweigen aufgenommen worden. Der Hagel von Skandalfällen hat sie nun endlich etwas aus dem Schweigen herausgebracht. Wie auf Verabredung lachte sie gestern Abend die ostelbischen Junker herauszulügen. Selbstverständlich hütet sie sich schwer, auch nur einen dieser Fälle anzuführen. Sie sammelt etwas von „halbwahren Einzelbehauptungen“, von „Dithilfe-Märchen“, und die „Deutsche Zeitung“ geistert über Lügenberichte des „Vorwärts“.

Wir werden den Herrschaften die Osthilfe-Standale vorhalten, daß ihnen Hören und Sehen vergehen wird! Wenn sie glauben, daß die Wahrheit über diese ungeheuerlichen Skandale nicht aus der Hand dringen wird, dann irren sie sich gewaltig!

Auch die feine Familie der Hohenzollern verlegt sich aufs Leugnen! Die sogenannte „Generalverwaltung“ der Familie Hohenzollern teilt mit:

„Unter dem 21. d. M. hat die Generalverwaltung festgestellt, daß die von sozialdemokratischer Seite aufgestellte Behauptung, Ihre Majestät die Kaiserin Hermine habe die Osthilfe in Anspruch genommen, unzutreffend ist. Trotz dieser unangreifbaren Feststellung suchen linksstehende Blätter auch weiterhin den Einbruch zu erwecken, als ob Ihre Majestät selbst in der Osthilfe materiell interessiert sei. Das Urteil über eine solche Irreführung kann der Öffentlichkeit überlassen bleiben. Wenn Verräter der prinzipiell Carolinischen Familie, also der Familie des ersten Gemahls der Kaiserin, unter die Bestimmungen der Osthilfe fallen, so könne weder die Kaiserin, noch das königliche Haus damit in Verbindung gebracht werden.“

Zunächst hat die Generalverwaltung sich aufs hohe Pferd gesetzt und erklärt, Hermine habe überhaupt nichts mit der Osthilfe zu tun. Jetzt verschweigt sie, daß Hermine persönlich sich beim Leiter der Landstelle Frankenburg um Osthilfe für den Prinzen Hans Georg und die Prinzessin Margarete bemüht hat! Die Frau Wilhelms hat also ihren Einfluß und ihre Beziehungen benutzen wollen, um ihren Verwandten Osthilfegeelder zu verschaffen!

Das deutsche Volk hat den Hohenzollern so viele Millionen nachgeworfen, daß es eine Schande für sie ist, daß sie für die Verwandtschaft auch noch Osthilfegeelder auf Kosten des Volkes herausgeschlagen wollen! Hermine zweiter Mann ist reich genug, um die Verwandtschaft seiner zweiten Frau zu versorgen!

Mit solchen Ausreden der Generalverwaltung wird die skandalöse Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß Hermine persönlich um Osthilfegeelder gebettelt hat!

Alles Schweigen und Leugnen gegenüber diesen Riesensandalen hilft nichts! Die Osthilfebeiträge an die Großgrundbesitzer werden dem Volke die Augen schon öffnen!

Osthilfeskandal wird untersucht

Interessante Einblicke in die Haltung der Parteien gewährte die Abstimmung im Haushaltsausschuß des Reichstags. So wurde im Widerspruch zu den Worten der Deutschnationalen, daß sie das größte Interesse an einer Aufklärung hätten, die Einsetzung

eines Unterausschusses gegen ihre Stimmen beschlossen.

Die gleiche Haltung nahmen sie ein gegenüber dem sozialdemokratischen Antrag, der den Rechnungshof um eine Prüfung der Osthilfe ersucht. Auch die Vorlegung weiterer Materials auf Grund eingehender Vorschläge der Sozialdemokratie wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen beschlossen.

Bei dem Antrag des Zentrums, der die Entschaffung von Großbetrieben davon abhängig macht, daß sie vorher geeignetes Sied-

lungsgelände abgegeben haben, stimmten die Deutschnationalen dagegen, die Nationalsozialisten enthielten sich der Stimme.

Der sozialdemokratische Antrag, die Reichsregierung solle anordnen, daß Personen, die selbst oder deren nächste Angehörige in der Osthilfe stehen, keinerlei Tätigkeit in den Landstellen oder als Treuhänder ausüben dürfen, wurde ebenfalls gegen die deutschnationalen Stimmen angenommen.

Letztlich ein Antrag, die Lohnforderungen von Arbeitnehmern im Konkursfall bevorrechtigt zu behandeln, fand einstimmige Annahme. Anträge auf Ausdehnung der Osthilfsmahnahmen wurden dem Unterausschuß überwiesen.

Der Unterausschuß wird seine Beratungen bereits am Donnerstagnachmittag beginnen.

Polizeibeamte für Republik

Oberst Heimannsberg zum 1. Vorsitzenden gewählt

Mit größter Spannung wurde gestern auf dem Verbandstag der preussischen Polizeibeamten die Wahl des neuen Verbandsvorsitzenden erwartet.

Für das Amt des ersten Verbandsvorsitzenden war neben dem jetzigen „kommissarischen“ Vorsitzenden Breda der bekannte und bei der auserkorenen Polizeibeamtenschaft beliebte langjährige Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, vorgeschlagen. Heimannsberg erhielt von 151 abgegebenen Stimmen 99, ist somit zum ersten Vorsitzenden des Verbandes preussischer Polizeibeamten gewählt.

Die Bekanntgabe dieses Abstimmungsergebnisses löste minutenlange Beifallsstürme aus. Heimannsberg dankte dem Verbandstag auf das wärmste für das Vertrauen, das er ihm entgegengebracht hat. Er erklärte, sich der schweren Verantwortung als Führer der größten Polizeibeamtenorganisation gerade in der heutigen Zeit voll bemüht zu sein. „Ich weiß“, sagte er, „daß ich der Nachfolger eines Mannes bin, dessen Namen mit goldenem Griffel in das Buch der Geschichte des

Verbandes preussischer Polizeibeamter geschrieben ist. Von diesem Manne habe ich als junger Polizeibeamter meine ersten gewerkschaftlichen Lehren empfangen. Ihm nachzustreben, wird stets mein Bestreben sein. Solange ich Vorsitzender des Verbandes preussischer Polizeibeamter sein werde, wird der Verband weiter wie unter Schröder parteipolitisch neutral geführt werden. Das Vertrauen der Verbandsmitglieder werde ich nicht enttäuschen, ich werde arbeiten für den Verband und für die Beamtenschaft.

weil ich weiß, daß mit der Kräftigung der Polizeibeamtenschaft die Stärke unseres Staates, die Stärke unserer Republik befestigt wird.“

Dieses klare Bekenntnis zur Republik wurde mit stürmischem Beifall quittiert. Zum zweiten Verbandsvorsitzenden wurde Kriminalkommissar Breda, zum dritten Vorsitzenden Polizeiobermeister Genz, beide einstimmig gewählt.

Der Verbandstag schloß mit einem begeisterten Hoch auf das deutsche Volk und die deutsche Republik.

Diaf Gajda gesteht

Sondergericht gegen die Putschisten

Prag, 25. Januar.

Der verhaftete Oberstleutnant Gajda ist durch seine Notizen, die man im Parteibüro gefunden hat, zum Geständnis gebracht worden, daß er die Absicht des Kaiserntüberfalls in Brünn vorher gekannt hat.

Die übrigen Hausdurchsuchungen ergaben Beweise dafür, daß die Putschisten einen Umsturz geplant haben. Im Verhör gab einer der Verhafteten an, daß am Sonnabend viele Putschisten nach Brünn kommen sollten, um zuerst dort und dann in Prag den Aufstand durchzuführen. Die Führer hätten strengen Befehl gehabt, jeden zu erschließen, der diese Revolution verrate. Alle Anordnungen und Pläne der Putschisten waren operettenhafte.

Gajda und die anderen Putschisten werden vor ein besonderes Gericht gestellt.

Putschist als Soldatenschinder

Der Urheber des mißglückten tschechischen Handreichens in Brünn, Oberleutnant der Reserve

Kobzinek, ist 29 Jahre alt und war früher Berufsoffizier. Wiederholt ließ er sich Soldatenmißhandlungen zuschulden kommen. Wegen Faschistenpropaganda wurde er in die Reserve versetzt. Aus faschistischen Jugendorganisationen hat man ihn ausgeschlossen. Kobzinek war der Urheber mehrerer Skandalaffären, darunter des vor kurzem erfolgten Überfalls auf das Deutsche Haus in Brünn, wofür er sieben Tage Polizeiarrest absitzen mußte.

Im Prozeß Guillebaux wurde der Antrag des Verteidigers auf Einstellung des Verfahrens wegen Verjährung vom Gericht abgelehnt, weil die Verjährungsfrist sich infolge der Beurteilung Guillebaux im Abwesenheitsverfahren von zehn auf zwanzig Jahre verlängert habe. Guillebaux protestierte energisch dagegen, ein Agent Deutschlands gewesen zu sein. Seine Artikel in der Antikriegszeitung „Demain“, die die Hauptunterlage für seine Beurteilung gebildet haben, seien im Interesse eines früheren Friedensschlusses geschrieben worden. Urgendwelchen materiellen Nutzen habe er daraus nicht gezogen.

Eiszeit über Deutschland

Temperaturen wie Januar 1929 — Die Not meldet sich

Deutschland friert. Zur wirtschaftlichen Not der Zeit kommt zum Schrecken der Armen, denen das Geld zum Kohlenkauf fehlt, die natürliche des Winters. In den großen Städten sind die Wärmehallen überfüllt. Der durch die Menschenansammlung ausgelöste dumpfe Dunst macht den Aufenthalt hier gewiß nicht zum Vergnügen. Mit Kartenspiel, lebendigem Gespräch, Flugblatt- und Zeitungslektüre versucht man sich die Zeit, so gut es geht, zu vertreiben. Die Donnerstagsvorausgabe der öffentlichen Wetterdienststelle lesen die Frierenden nicht ohne Hoffnung; der Bericht verspricht eine gewisse Milderung des Frostes, der, wie man sich schauernd erzählt, in der Nacht zum Mittwoch auf Kältegrade anstieg, wie sie in Deutschland seit Januar 1929 nicht mehr vorgekommen sind. Am kältesten ist es im Nordosten des Reichs gewesen, wo bis zu 30 Grad unter Null gemessen wurden.

Vertechnisch hat in erster Linie die Schifffahrt unter der Kälte zu leiden. Zahlreiche Flüßläufe und Kanäle sind zugefroren und somit die Warentransporte auf dem Wasser ins Stocken gekommen. Auf dem Rhein kam das Treibeis an verschiedenen Stellen zum Stehen; auf der Mosel hat es sich infolge des anhaltenden Frostes bei Lay festgesetzt; auf längere Strecken ist der Fluß in seiner ganzen Breite eisbedeckt.

Mit der Vereisung der Flüsse ist zunächst noch nicht zu rechnen. Trotzdem hat sich die Reichsmarineleitung unter Benutzung ihrer im Winter 1929 gewonnenen Erfahrungen auf einen möglicherweise notwendigen Eisnotdienst der zusammen mit der Deutschen Luftwaffe durchgeführt werden soll, eingerichtet. Die Marineleitung würde im gegebenen Falle mehrere Minenschiffe auf Fahrt schicken, die mit den zur Schiffsuche ausgeschickten Flugzeugen der Luft-

hanja in ständiger Verbindung stehen sollen. Auch die Hauptverwaltung der Reichsbahn teilt mit, daß sie zur Verhütung von Betriebsstörungen infolge der Kälte besondere Maßnahmen getroffen hat. Die im Kundendienst tätigen Rangierer werden von Hilfskräften unterstützt; nach Möglichkeit stellt man ihnen Pelzmäntel und wärmende Getränke zur Verfügung. In technischer Hinsicht gilt die Hauptaufmerksamkeit vor allem der Aufgabe, mit Hilfe von Salzstreuen und anderen Auftaummaßnahmen das Einfrieren der Weichen zu verhindern.

Eine Meldung, die das Winterelend der Zeit besonders traf illustriert, kommt aus Hattin-gen a. d. Ruhr: Wegen Kohlemangels wurden hier drei Volksschulen geschlossen, obgleich Millionen Tonnen Kohle auf den in der Nähe der Stadt gelegenen Halben lagern; die Stadtverwaltung aber kann nichts davon kaufen, weil sie ihr Geld für Fürsorgezahlungen, Gehälter und Löhne braucht. So steigt natürlich vielfach auch die Zahl der Diebstähle an — schwarzen Diamanten, die bergeweise ungenutzt lagern und für die ärmere Bevölkerung viel zu teuer sind.

Der Magistrat Berlin beschloß, wie bereits mitgeteilt, im Hinblick auf die ungewöhnlich harte Kälte einen Extrabehrag für Kohlenlieferungen an besonders Bedürftige in Höhe von 500 000 M. den Bezirkswohlfahrtsämtern zur Verfügung zu stellen.

In Wärmehallen gibt es in Berlin insgesamt 70; die größte in der Uckerstraße faßt 1500 Menschen — trotzdem müssen noch viele Einlaßbegehrende abgewiesen werden; man schickt sie an die Obdachlosenkasse und zu privaten Wohlfahrtsorganisationen. Kliniken und Kranken-

häuser sind genügend vorbereitet, um allen, die mit Erfrierungsmerkmalen eingeliefert werden, sachgemäße Behandlung zuteil werden lassen zu können. Die Zahl der Erkältungskrankheiten, auch der schweren Fälle, hat beträchtlich zugenommen, entsprechend stieg die Zahl der Belegungsstärke der Krankenhäuser.

Ein schöneres Bild: den Schlittschuhläufern tun sich täglich neue Paradiese auf; die Koblner und Skiläufer versuchen den Grunewald zum Schwarzwald, die flache Mark zum Hochgebirge zu gestalten...

80 jähriger Greis erfroren

Erfroren ist der 80 Jahre alte Stadler Florian Schymed aus einer Kolonie bei Zepernid. Der alte Mann, der bei seiner Tochter wohnte, hatte vor einigen Tagen plötzlich — wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesstörung — seine Wohnung verlassen und war planlos in der Gegend umhergeirrt. Man fand ihn morgens auf der Chaussee zwischen Wandlitz und Bernau erfroren auf und brachte ihn in das Bernauer Krankenhaus, doch gelang es nicht mehr, ihn ins Leben zurückzurufen.

Bromberg, 25. Januar.

In den letzten 24 Stunden sind in Westpolen starke Fröste zu verzeichnen gewesen. In Bromberg wurden heute vormittag 23 Grad unter Null gemessen. Telefon- und Telegraphenleitungen sind vielfach infolge des Frostes beschädigt worden. So ist die Leitung zwischen Warschau und Posen und Bromberg und Ödungen zerstört worden. Gleichzeitig treten starke Grippfälle auf. In den letzten Tagen sind auch mehrere Todesfälle infolge des Frostes zu verzeichnen, besonders in Bromberg, Graudenz und Thorn.

Polizeibeamte sind Staatsbürger

Wichtige Entschlüsse

Während der zweite Verhandlungstag des Verbandstages der Preussischen Polizeibeamten mit internen Ausschuss- und Fachgruppenberatungen ausgefüllt war, gab es gestern im Plenum neben der wichtigsten Entscheidung des Tages, der Neuwahl des Verbandsvorsitzenden, über die im politischen Teil des Blattes berichtet wird, eine ganze Anzahl wichtiger und teilweise auch politisch bedeutender Abstimmungen.

In einer einstimmig angenommenen Entschliessung wandte sich der Verbandstag gegen die Bestrebungen, die in der Reichsoberaufsicht garantierten Staatsbürgerrechte der Polizeibeamten oder einzelner Gruppen der Polizeibeamten einzuschränken. Die Polizei könne ihre Aufgaben in vollem Umfange nur erfüllen, wenn sie mit den gleichen Rechten und Pflichten wie die übrige Staatsbürgerschaft an der Gestaltung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens teilnimmt. Der Verbandsvorstand erhielt den Auftrag, sich mit allen Mitteln dafür einzusetzen, daß den Polizeibeamten die in der Reichsoberaufsicht gewährtesten Rechte, insbesondere auch das Wahlrecht und die Koalitionsfreiheit erhalten bleiben.

Gebensfalls kam auch in den Forderungen des Verbandstages an die Herren Kommissare und ihre Beauftragten zum Ausdruck, daß die erdrückende Mehrheit der preussischen Polizeibeamten keine Lust verspürt, zu Polizeisoldaten degradiert zu werden, die nur die Hände an die Hofenmacht legen und im übrigen den Mund halten sollen. Die preussischen Polizeibeamten wollen freie Staatsbürger in einer freien Republik sein.

Betrügerischer Stadtschreiber

Aus Eins mach 85

Vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III hatte sich der Stadtschreiber Hermann Schäfer wegen Betruges und Amtsverbrechen zu verantworten. Der Angeklagte war beim Bezirksamt Wilmersdorf im Wohlfahrtsamt tätig. Er wird beschuldigt, in 12 Fällen Zahlungsanweisungen für Unterstützungsempfänger gefälscht und die Beträge durch Mittelspersonen an der Kasse abgehoben zu haben. Insgesamt ist das Wohlfahrtsamt um etwa 1000 Mark geschädigt worden. In einem Falle hatte der Angeklagte eine Verfügung des zuständigen Dezernenten gefälscht, indem er aus einer Unterstützung von 1 Mark eine solche von 35 Mark machte. Während in den übrigen Fällen nur fortgesetzter Betrug angenommen wurde, sah der Staatsanwalt in dem letzteren Falle den Tatbestand des schweren Amtsverbrechens für vorliegend an und beantragte gegen den Stadtschreiber ein Jahr sechs Monate Zuchthaus, 100 M. Geldstrafe und Erlass eines Haftbefehls.

Das Gericht kam gestern noch zu keinem Urteil, sondern beschloß zunächst, die Personalakten des Angeklagten vom Bezirksamt einzufordern.

Lettows Geschäftsgebaren

Hohe Müllgebühren u. a. w.

Im Prozeß Lettow wurde die Vernehmung der Zeugen fortgesetzt. Von Interesse waren nur die Aussagen des früheren Geschäftsführers und Direktors der Vipa Knoche und des Direktors der Berliner Müllabfuhr und der Berliner Straßenreinigung und des Fahrparts Erdmann. Sie leuchteten in Lettows Geschäftsgebaren hinein, wie es der Vorsitzende nannte.

Knoche erzählte eingehend, wie Lettow ohne den Aufsichtsrat in Kenntnis zu setzen, kaufte und zahlte, Darlehen aufnahm und Verträge schloß. Man hielt sich im Aufsichts-

rat zuweilen darüber auf, es war aber einmal ja; Lettow war eben zeichnungsberechtigt sowohl in der Vipa als auch in der Bemag. Als dann Lettow aus dem Vorstand der Vipa ausschied und Delegierter der Bemag im Aufsichtsrat der Vipa wurde, da entstanden zwischen ihm und Direktor Knoche, dessen Befugnisse im weiten Maße beschnitten wurden, Differenzen. Er schied schließlich aus. Laut Beschluß des Aufsichtsrates der Vipa sollte aber Lettow auch nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstande sein Gehalt nach wie vor weiter beziehen. Ob er es erhalten hat, kann der Zeuge nicht sagen.

Direktor Erdmann äußerte sich unter anderem über den Grund von Lettows Ausscheiden aus der Bemag. Die Höhe der Müllgebühren war Gegenstand ständiger Angriffe in der Öffentlichkeit. Der Magistrat hatte den Eindruck, daß der Betrieb der Bemag zu hohe Kosten verursache. Der Zeuge wurde in den Vorstand gewählt. Er forderte regelmäßige Aufstellungen. Im Oktober 1929 fiel ihm auf, daß die laufenden Zahlungen der Bemag die doppelte Höhe hatten. Es ergab sich, daß Abschlagszahlungen für ein Grundstück geleistet worden waren. Lettow behauptete, der Vertrag sei mit Genehmigung des Dezernenten Reuter zustande gekommen. Reuter

Die Affären der Zeit

Rotters bieten 15 000 Mark für freies Geleit

Der Anwalt der Gebrüder Rottter, Rechtsanwalt Joseph, hatte gestern eine Unterredung mit Generalkaassanwalt Dr. Wilde, Oberstaatsanwalt Laub und Staatsanwaltschaftsrat Dr. Eichholz, um der Staatsanwaltschaft folgendes Angebot zu unterbreiten: Die Gebrüder Rottter seien bereit, unter Sicherheitsleistung von insgesamt 15 000 M. sich zu stellen, wenn entweder die Vollstreckung des gegen sie erlassenen Haftbefehls ausgesetzt oder ihnen unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls freies Geleit zugesichert werden würde.

Für den letzteren Fall stellte der Anwalt noch gewisse Nebenverpflichtungen in Aussicht, die gewährleistet sein sollen, daß die Angeklagten auch pünktlich zu den von der Staatsanwaltschaft für notwendig gehaltenen Vernehmungen erscheinen werden. Die Vertreter der Anklagebehörde behielten sich ihre Stellungnahme zu dem Antrag vor, lagten aber eine beschleunigte Behandlung der Angelegenheit zu. Die Entscheidung dürfte am heutigen Donnerstag durch den zuständigen Richter nach Anhörung der Staatsanwaltschaft fallen. Voraussetzungen dürfte vor allem eine höhere Kaution gefordert werden. Außerdem

erklärte jedoch, seine Einwilligung nicht gegeben zu haben. Die 150 000 M. waren auch ohne Sicherheiten gezahlt worden. Weitere Ermittlungen zeigten, daß ähnliche Zahlungen auch für andere Dinge geleistet worden seien. Die Angelegenheit wurde dem Bürgermeister Scholz unterbreitet, Lettow laut Ausschlußbeschuß fristlos entlassen. Rechtsanwalt Dr. Beer erklärt, daß der Angeklagte Lettow sich vorbehalten, im Verlaufe der Verhandlungen seine Darstellung über die Gründe seines Ausscheidens aus der Bemag zu geben, er gehe jedenfalls nicht konform mit dem Zeugnis.

Massen am Bülowplatz

Stundenlanger Vorbeimarsch der Kommunisten

Als Antwort auf die frische Provokation der Hakenkreuzler vom letzten Sonntag hatte die kommunistische Partei ihre Mitglieder zu einer Gegendemonstration nach dem Bülowplatz aufgerufen. Die Beteiligung war außerordentlich stark. Eine genaue Schätzung der vorbeimarschierenden kommunistischen Massen ist schwer möglich, da die Demonstrationen zuge Stundenlang am Karl-Liebknecht-Haus vorbeizogen und unmittelbar darauf in den Rückmarsch in die Bezirke antraten.

Vor dem Karl-Liebknecht-Haus hatte auf einer rot-drapierten Tribüne Thälmann mit einigen Funktionären Aufstellung genommen. Schon bald nach 17 Uhr langten die ersten kommunistischen Züge mit Musik und dem Gesang von Arbeiterkampfliedern auf dem Bülowplatz an. Einfluß war die Schlanke der Demonstranten, die über den genehmigten Annarichweg, die Kaiser-Wilhelm-Straße, heranmarschierten. Unter Hochrufen ging es am Karl-Liebknecht-Haus vorbei, dort, wo am Sonntag die braunen Bürgerkriegsdrögen Hitlers unter dem Schutz von 7000 bis 8000 Polizeiarabiniern ihre ungeheuerliche Provokation vollziehen durften. Erst um 20 Uhr erreichten die letzten kommunistischen Züge den Bülowplatz.

Im großen und ganzen ist der Annarich bis auf einige Zwischenfälle ruhig verlaufen. Die Kommunisten haben Disziplin bewiesen. Es kann gesagt werden, daß sich die Polizei im allgemeinen größter Zurückhaltung befleißigte. In drei Fällen allerdings wurden kommunistische Züge mit dem Gummiknüppel aufgelöst, weil angeblich „verbozene“ Lieder gesungen wurden. Als am letzten Sonntag die SA einzugriff auf die Freiheit und Republik singenderweise schiff, fand sich keine Polizei, die dagegen einschritt! Diesmal waren es Kommunisten und da wurde eben mit einem anderen Maß gemessen.

Am 21. Uhr wurde vom Polizeipräsidenten bekanntgegeben, daß etwa 20 Festnahmen erfolgt waren.

Schuldschließung in Berlin wegen Grippegefahr. Das Bismarck-Museum in Grunewald, Siemensstraße, ist im Einvernehmen mit dem Kreisarzt wegen Grippeerkrankungen bis Ende dieser Woche geschlossen worden. Aus anderen Berliner Schulen liegen bisher nur ganz vereinzelt Meldungen über häufigere Grippeerkrankungen vor.

Sell über dreißig Jahren treue Abonnentin des „Vorwärts“ ist Frau Marie Gebauer, Berlin, Jasminstr. 3, die heute ihren 76. Geburtstag feiert.

wird man wohl unter allen Umständen auf Ablieferung der Pöffe bestehen.

Haussuchung bei Knöpfke

Zu der von der Zollfahndungsstelle vorgenommenen Hausdurchsuchung in der Villa Knöpfke in Zehlendorf ist noch mitzuteilen, daß die Beamten dieser Behörde schon am Dienstag eine Durchsuchung der Räumlichkeiten nach Devisen auf Grund bestimmter Mitteilungen vorgenommen, aber nur in einigen Schubladen kleines Wechselgeld von Reisen nach der Schweiz und Italien in einem Gesamtbetrag von etwa 80 M. gefunden haben. Daß die Beamten der Zollfahndungsstelle am gestrigen Mittwoch wieder in der Villa erschienen, war auf eine weitere Anzeige zurückzuführen, die konkrete Angaben über das angebliche Devisenversteck in dem Hause des Rundfunkdirektors enthielt. Aber auch die zweite Hausdurchsuchung verlief in bezug auf die Suche nach Devisen negativ. Die vom Finanzamt Zehlendorf gleichzeitig getroffenen Sicherungsmassnahmen ertrugen sich übrigens, wie wir weiter erzählen, nicht nur auf den auf das Gebäude selbst ausgebrachten Arrest, sondern auch auf eine Pfändung des wertvollen Teils der Einrichtung, da die Finanzbehörde eine Sicherheit für eine recht erhebliche Summe für notwendig hielt.

Die Abberufung des Ministerialrats Dr. Klausener

aus dem preussischen Innenministerium nahm der Verbandstag zum Anlaß, in einer längeren Entschliessung gegen diese offensichtlich aus politischen Gründen erfolgte Maßregelung energisch zu protestieren.

Zwei Lebende und ein Toter

Roman von
Sigurd Christiansen

Berger lachte hart und eraktiert. „Gerade ums Geld darfst du ja so tapfer. Für vierhundert Kronen hast du dein Leben aufs Spiel gesetzt — wenn du's überhaupt getan hast.“

„Wer spricht von Geld? Du weißt genau, was ich meine.“

„Ich gebe dir gern recht. Niemand ist tapfer um Geld. Schön — aber die andern, die der Berechnung nach den Vorteil von der Tat hätten ernten sollen. Die Menschen, für die er sich geopfert hat, um derentwillen er in den Tod ging? Hätten nicht die — als das Allgeringste und Kümmerlichste was sie tun konnten — dafür sorgen müssen, daß die Hinterbliebenen wenigstens keine Not litten? Quisthus' Frau verlor ihren Mann, das Kind seinen Vater. Genügte das nicht? Was hat es für einen Sinn, sie obendrein noch bar dafür bezahlen zu lassen?“

Lüderfen schüttelte unmutig den Kopf. „Du übertreibst, wie gewöhnlich. Sie haben doch ihre Pension. Das weißt du so gut wie ich.“

„Richtig — ein Drittel des Gehalts. Vor ein paar Monaten sprach ich die Frau, der Junge verdient sein Geld als Laufbursche, sie muß ihn bei ihrer alten Mutter unterbringen, und selbst muß sie, um leben zu können, eine Stelle als Haushälterin annehmen. So behandelt man den toten Helden, aber den Lebenden macht man zum Postdirektor. Und warum? Weil er mit heiler Haut davontam. — Geseht den Fall, du wärst verlegt worden und als Folge davon arbeitsunfähig, wie hätten sie dir das gelohnt? Mit einer Pension, von der du knapp hättest leben können. Genau wie nach dem Kriege: die verkrüppelten Helden mußten selbst die Kriegskosten bezahlen. Wir rufen mit Kopfendem und bewegtem Herzen „Bravo“, wir halten ergreifende Gedenkfeiern für die Toten, aber deren Verpflichtung gegen ihre Ueberlebenden übernehmen wir nicht.“

Lüderfen hatte sich an die Wand gelehnt und sah ihn an. „Du bist ja mächtig redselig“, sagte er.

„Ja, du hast gut spotten. Aber das macht mir nichts. Es wiegt so unendlich wenig gegen das Wesentliche. Und daß ich jetzt redselig bin, kommt vermutlich daher, daß ich mich sehr lange vorbereitet habe. Ich siehe nicht hier vor dir und improvisiere. Ich habe diese Dinge neun Jahre durchdacht. — Es mag aber gern sein, daß ich etwas aufgeregt bin. Ich will versuchen, ruhiger zu werden.“

Er setzte sich ermattet hin, stützte den Kopf in die Hand und sah vor sich nieder. Lüderfen betrachtete ihn einen Augenblick, dann erhob er sich mit ruhiger Würde und schaltete das Licht an. Er ging an das Fenster und zog die Gardine vor. Alles das tat er mit einer gewissen gewollten Gemächlichkeit, als läge ihm daran, zu zeigen, daß er ein gutes Gewissen und nichts zu fürchten habe.

Als er sich wieder gesetzt hatte, blickte Berger auf. Sein Gesicht hatte einen schmerzlichen Ausdruck angenommen.

„Denkst du noch manchmal an Quisthus?“ fragte er.

Der andere nickte kurz und mürrisch. „Niemand stand ihm — außer seinen Nächsten — so nahe wie ich. Und ich denke oft an ihn. Er war im Grunde so voller Leben. Was er damals tat, war vielleicht nicht mehr als was du tatest, aber es war auch nicht weniger. Und nun liegt er bald neun Jahre und modert auf einem Friedhof. Während du lebendig auf Erden umhergehst und dich brüwest mit dem, was ihn getötet hat. — Hast du das mal bedacht?“

Lüderfen wurde etwas bleicher, aber er schob das Unbehagen mit gespielter Verachtung von sich. „Nein“, sagte er, „es liegt mir nicht, herumzulaufen und Grillen zu fangen.“

„Grillen?“

„Ja, das sind ja alles Grillen, was du da fabelst. Neid und Grillen.“

Berger schüttelte sanft den Kopf. „Ich beneide Quisthus nicht“, sagte er. „Und weißt du, zu welcher Ueberzeugung ich gekommen bin? — Ich glaube, es gibt nicht einen einzigen Menschen, der sein Leben hingegeben hat — und war es auch um einen andern zu retten —, der es nicht lieber ungeschehen machen würde, wenn er das Ende voraus gewußt hätte.“

„Ja, wenn er es gewußt hätte.“

Berger sah den anderen fest an. „Ich wußte es.“

Lüderfen zuckte die Achseln. „Wenn es dir Spaß macht, dich damit zu entschuldigen, dann meinetwegen!“

Berger hatte schon wieder angefangen, vor dem Schreibtisch auf und ab zu gehen

Die Unruhe war wieder wach in ihm. Plötzlich blieb er stehen.

„Entschuldigen?“ fragte er. „Habe ich etwas getan, was einer Entschuldigung bedarf?“

„Nein — du hast eben gar nichts getan.“ Die Hände auf den Schreibtisch gestützt, beugte Berger sich leicht gegen Lüderfen vor. „Doch“, sagte er, „ich verteidigte das Leben!“

„Ja — dein Leben.“

„Hatte ich denn ein andres Leben zu verteidigen?“

Lüderfen strich sich mit der Hand nervös und ratlos durch das Haar. Er hatte noch immer sein dichtes röthliches Haar und es

blieb nach dem Durchstreichen dick und trüppig stehen. Sein Blick war schwer von trübseliger Bereitheit. „Da schwach du und schwach“, sagte er. „Du sagst, du hättest jetzt sitzen können, wo ich saß. Und dabei hast du dich nicht mal getraut, dich zu bewerben.“

„Ganz richtig, ich habe mich nicht getraut. Eben nicht getraut. Ich wußte nämlich vorher, wie es ausfallen würde, und ich gönnte dir nicht auch noch einen Triumph.“

„Triumph? — Wovon redest du eigentlich?“

„Ach, laß das Heucheln, du bist noch der alte, du hast dich nicht geändert. Du verachtetest mich noch immer, weil ich mich damals nicht todschießen ließ. Du findest noch immer, daß ich mich unwürdig benahm. Ich bin hergereist, um zu sehen, ob es noch so ist. Ich hoffte das Gegenteil — aus zweierlei Gründen. Einmal, weil ich es müde bin, mich demütigen zu lassen. Ich halte es nicht mehr aus. Daß du es weißt. Mir ist bald alles einerlei!“

Lüderfens Blick flackerte unsicher hin und her bei diesem unterdrückten und doch sehr deutlichen Ausbruch.

„Du redest, als ob all das meine Schuld wäre“, sagte er. „Glaubst du etwa, andere sind nicht ganz derselben Meinung wie ich?“

Sprung nach Frankreich

Völkerpsychologische Studie / Von Felix Stöjinger

Wer in Genf sitzt, hat Frankreich vor Augen, denn das andere Ufer des Genfer Sees ist bereits französisch. Aber da auch Genf französisch ist, wenn auch ganz anders als Frankreich, weiß man auch in Genf gut zu essen. „Ja gewiß“, sagte mir eine Parieisfreundin vom Arbeitsamt, „hier ist man gut. Aber wenn man hinüber in die kleinen französischen Dörfer fährt, da weiß man erst, was Kochen und Essen ist. In jedem Dorf gibt es einen anderen wunderbaren Wein, in jeder Dorfküche bekommen sie ein Gericht auf eine Art und Weise zubereitet, wie nirgends sonst.“ Und wieder dachte ich, daß man, ohne Uebertreibung, an seinem Essen ein Volk beurteilen kann. Je individualistischer es ist, um so reicher sein Küchenzettel. Kurzum, es gibt sehr viele Möglichkeiten zur Beurteilung und Klassifizierung eines Volkes. Nur eine, die heute beliebteste und meist angewandte, sagt im Grunde sehr wenig aus. Die Beurteilung nach Sauberkeit und Reinlichkeit. Diese Beurteilung enthält eben nichts als das Keimeium-lörperlicher Sauberkeit. Schon nicht einmal das Kriterium körperlicher Kultur! Denn dazu gehört ja noch vieles andere, was durch den Begriff der Reinlichkeit gar nicht erfaßt wird, wie die Kunst des Essens, der Liebe, der Naturverbundenheit, der Hygiene (die mit Reinlichkeit nicht glatt identisch ist), und vieles andere.

An solche Dinge sollte gerade der Deutsche denken, der nach Frankreich kommt. Er muß von vornherein entschlossen sein, das Hauptkriterium banaler Völkerbeurteilung, das Kriterium der Sauberkeit, nicht ohne weiteres anzuwenden. Er muß wissen, daß Unsauberkeit, auch wenn sie uns aus Deutschland besonders stört, eben nur ein einziges Kriterium des Lebens ist, und daß die vorlaute Beurteilung eines Volkes nur nach diesem Gesichtspunkt zu den dümmsten Vorurteilen verführt.

Wahr ist freilich: Wer auch aus der Schweiz, die von erquickender Sauberkeit ist, in Frankreich einfährt, wird durch die Ueberfülle von Schmutz, durch die Gleichgültigkeit des französischen Menschen gegen herumliegenden Schmutz, gegen Staub, gegen alles Unsauberwerden der Dinge durch Schmutz sicher stark betroffen. Die Bahnhöfe, die Schieber der Geschäfte, die Häuser selbst, die Autos, alles ist unwahrscheinlich vernachlässigt — und das in einem Lande, das wiederum in bezug auf gewisse Teile der Körperpflege, in bezug auf alles, was mit Essenzen, Puder, Parfüm zusammenhängt, führend ist. Tatsache ist, daß der Franzose auf viele Dinge, die mehr oder weniger mit Sauberkeit zusammenhängen, gar keinen Wert legt, dafür kein Geld ausgibt. Ich war einen Tag in Lyon, das allerdings auch für die Franzosen eine besonders häßliche und schmutzige Fabrikstadt ist, und war von der souveränen Gleichgültigkeit der Menschen gegen das Veralten der Dinge überhäuft. Alter und Schmutz, Patina des Gebrauchs, der Abnutzung ist für die Franzosen unerheblich. Man sieht hunderte Hauswände, Ladenausschriften, die wahrscheinlich seit 50 Jahren nicht gereinigt wurden. Man sieht Autos, die offenbar den ganzen Frühling und Sommer herumfahren, ohne gewaschen zu werden, und das in dem für das Auto bahnbrechenden Land Europas! Man sieht ferner halberbrochene Wagen mit aufgerissenen Rückwänden, an deren Reparatur niemand denkt. Man sieht Menschen in unwahrscheinlich schlechten, abgerissenen, zusammengeklebten Kleidern. In keiner deutschen Druckschrift, auch nicht dort, wo nur Arbeitslose leben, sieht man Menschen so in Resten von Kleidern gekleidet wie in den besten Straßen Lyons. Das kümmert niemand. Daher sitzen eleganteste Frauen und sorgfältig, ja gekostet ge-

kleidete Männer anstandslos im Café neben Leuten in einer seit Jahren ungeputzten Arbeitsbluse. Die Gleichgültigkeit gegen das Verkommen der Dinge ist enorm. Aber es ist zugleich eine Gleichgültigkeit gegen alles Außerliche.

Damit hängt auch zusammen, mit welchen primitiven Mitteln vielfach gearbeitet wird. Ueberall wird statt eines Plakates in Geschäften ein herausgerissenes Blättchen Papier mit wässriger Tinte beschrieben, angeheftet, wo bei uns ein in der Schnelldruckerei hergestelltes Plakat diesen Zwecken dienen würde. Die Eisenbahnbeamten haben keine selbstgeschriebene Zettelchen, auf denen sie sich Dienstbestimmungen oder Fahrpläne abschreiben. Bei uns gäbe es dafür gutgedruckte Formulare der Reichsbahn mit allen möglichen und auch überflüssigen Zustimmungen und Bestimmungen. Das Kennzeichen aller dieser Dinge ist aber auch die berühmte und tatsächlich ungeheure Sparsamkeit der Franzosen. Vieles, was Schmutz ist, ist eben da, weil man kein Geld und keine Zeit zu seiner Beseitigung aufwenden will. Solange es geht, bleibt es. Warum ändern, Neues anschaffen, Zulängliches zerstören, wenn es seine Bestimmungen noch ausüben kann.

Wie mit den Dingen geht es aber auch mit den Menschen selbst. Wie man Sachen unendlich lange benützt, solange sie ihre Funktionen erfüllen können, so auch Menschen. Niemals habe ich so viele Männer und Frauen bei der Arbeit und in Betätigungen gesehen wie in ein paar Tagen in Frankreich. Besonders die Verwendung von Greifzinnen in allen möglichen leichten Beschäftigungen ist in jeder Hinsicht bedeutungsvoll. Bei uns grassiert ja die infame amerikanische Vorstellung, daß der Angestellte über Mierzig auf den Schindanger gehört. In Frankreich findet man zahlreiche Möglichkeiten, den alten Menschen, der keine Rente und Versicherung sein eigen nennt, passend und human zu beschäftigen. Wie mir überhaupt die Fähigkeit älterer Frauen besonders in Deutschland enorm unterschätzt scheint.

Tritt man aber nun diesen Menschen im Gespräch näher, dann ist man auch höchste überrascht, welche Feinheit des Tons, der Sprache, der Empfindungen in diesen unscheinbaren Menschen steckt. Die Unsauberkeit des Franzosen erheben mir immer als eine gewollte, es steckt darin etwas von der Scheu, hervorzutreten, die auch eine besondere chinesische Tugend ist. Es ist, wie bei vielem in Frankreich, das Gegenteil zu dem allgemeinen Begriff, den das Franzosentum bietet. Das Volk der gloire, der großen Gebärden und des Pathos, ist eben auch das Volk der Stille, der Einkehr, der Lebensruhe. Diese Kultur ist tief in die Massen gedrungen, und insofern unterscheidet sich auch der Provinzfranzose wenig von dem Pariser. Es werden wichtige, ja große Dinge worlos getan, und eine Reklame und Weltpropaganda für das, was geschehen ist, liegt dem Franzosen nicht.

Lyon ist eine alte, ungeheuer weit gedehnte Stadt, mit unendlichen Alleen, aber auch neuen Bauten von posender Modernität. In Toni Garnier besitzt Lyon einen der modernsten Architekten der Welt, der vom modernen Häuserbau zur modernen Stadtanlage vorgezogen ist. Und in dieser altmodlich, jämmerlich gekleideten, fast überall schmutzigen Stadt steht der modernste Bau nüchtern und phrasenlos neben dem ältesten. Da stehen die berühmten Schausthätuser Garniers, die ganz Konstruktoren sind, eine der kühnsten Europas, weil das tragende Stahlgerippe auf drehbaren kleinen Kugeln montiert ist. Ein Chauffeur führte mich nicht nur über diese Konstruktion auf, sondern sagte mir auch, als mir der

„Gewiß, wer behauptet denn was andres? Aber mir bist du der Repräsentant für alle die andern — für all den Hochmut und all die Zurücksetzung! Du hast mich gedemütigt, du hast vergessen, was du Frau Quisthus schuldig bist. — Wer bin denn ich? Ein lumpiger lebenslänglicher Schalterbeamter. Erwartest du, daß ich es mit der ganzen Welt aufnehmen? — Bei dir will ich mir meine Ehre wiederholen!“

Eine heftige Röte flammte in Lüderfens Gesicht auf.

„Welkst du was?“ fragte er hitzig. „Ich glaube, du bist verrückt!“

Berger nickte energisch. „Richtig getroffen. Ich bin verrückt.“

Er wandte sich plötzlich, ging an das Fenster, schob die Gardine zur Seite und sah hinaus. Lüderfen sah ihm sprachlos zu. Als Berger noch immer am Fenster stehen blieb, fragte er: „Nach was siehst du denn?“

Berger machte lehrte und ging, ohne zu antworten, quer durch das Zimmer. An der Tür blieb er stehen.

„Ich sehe mir bloß mal den Hof an“, sagte er. „Er ist groß und von ihm bis zur Straße ist ein noch größerer Garten. Hinterm Garten ist ein hoher Zaun.“

Lüderfen wurde nervös.

(Fortsetzung folgt.)

Name des Erbauers entfallen war, daß Garnier das gebaut hat. Solche Chauffeure kann man sich auf der Welt suchen! Im Museum zeigte mir ein Wächter ein Bild, von dem er sah, daß ich es nicht bemerkt hatte, einen herrlichen Dürer, wie mir schien. Aber, fügte der Mann hinzu, die Zuschreibung zu Dürer wird lebhaft bestritten. Solche Dinge erlebt man in Frankreich auf Schritt und Tritt.

Die Stadt modernisiert sich übrigens weiter mit Eifer, gerade als ich dort war, wurden vom Stadtrat der Bau des größten europäischen Balkenträgers von 70 Meter Höhe mit 18 Etagen in dem modernen Viertel Brotteaux beschlossen.

Daß Frankreich das Land ist, in dem zum erstenmal mit den modernen Baustoffen: Beton, Glas, Eisen gebaut und geformt worden ist, ist nicht so bekannt, weil ja die Franzosen überhaupt nichts tun, um solche Einzelheiten weltnotorisch zu machen. Auch sonst bauen sie Dinge, die erstaunlich sind. Der neue Straßburger Hafen ist einer der modernsten der Welt. Eine große Leistung war die Verlegung einer Hafenbrücke in einem Stück. Die ganze große Eisenbrücke wurde ohne jede Zerlegung in Teile entfernt und neu eingebaut. Ich schätze die Länge dieser so verlegten Brücke auf 40 Meter.

Uebrigens fiel mir diesmal in der französischen Eisenbahn, die viel schneller fährt als die deutsche, eine praktische Einrichtung auf. Die Türen gehen nach innen auf, nicht nach außen. Ein Herausstürzen aus dem Zug durch Aufgehen der Tür ist also ausgeschlossen. Außerdem öffnen sich die Türen nicht durch Niederdrücken, sondern durch Hochheben der Klinke. Alle Türunglücksfälle sind damit eliminiert. Aber da wir schließlich in Frankreich sind, fuhr der Zug, in dem ich saß, ab, obwohl in 3 Waggons sämtliche Türen weit offenstanden. Als übrigens der Zug die deutsche Grenzstation erreichte, zog eine Truppe Reinemachefrauen ein und legte gründlich und schnell einige Eimer Dreck heraus. Ich muß gestehen, daß mir das etwas peinlich war, denn ich weiß, welchen Komplex die Reinlichkeit in unserem Denken einnimmt, und wie abgrundtief so manche Scheuerfrau die Franzosen wegen ihrer dreißigen Eisenbahn verachtet haben mag.

Wie in der Schweiz, ist auch im Elsaß der Sprachschab des persönlichen Verkehrs, alle Worte der Erziehung, des guten Benehmens, des Bittens und Dankens französisch. Die Bevölkerung spricht ungehindert Deutsch, aber wer sich nicht kennt, redet sich französisch an. Man nimmt französische Fühlung, das heißt in der gemeinsamen Sprache, und setzt dann in der, zu der man gehört, den Verkehr fort. Straßburg ist trotz der Krise eine ungemein lebendige Stadt geblieben, ja geworden, denn der Hafen spielt ja heute hier eine ganz andere Rolle als vor dem Krieg. Die junge Generation wird französisch sprechen, darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Fehler, die einmal leider die Linke im Elsaß durch überstürzten Zentralismus und Nationalismus begangen hat, werden nicht wiederholt werden, so daß nichts das Hineinwachen der beiden Provinzen in die französische Kulturinheit behindern wird. Das germanische Element, das dadurch in Frankreich eindringt, wie einst vom Norden her, wird und muß ein Kitt zwischen den Völkern werden, die sich so ungleich sind, aber so fabelhaft ergänzen könnten. Der Franzose ist nämlich vielfach so, wie der Deutsche zu sein glaubt, also zu sein wünscht, und ungefehr. Darin und in dem Zwang zum Wirtschaftsaufbau liegen die großen dynamischen Kräfte, die zum Zusammenkluß drängen.

Eines, sah ich wieder, könnte die deutsche Seele von der französischen lernen: ihre Fähigkeit zur Stille, zum ruhigen Einatmen der Natur, zur Hingabe ohne Phrasen, zur Unabhängigkeit des Denkens von Sätzen der Zeit und des Augenblicks. Eben das macht in Frankreich die Dinge alt und gibt ihnen eine natürliche Würde und Sicherheit. Dies wieder einmal, wenn auch nur im Sprung, gesehen zu haben, war das eigentlich Schöne dieser Frankreichreise. Und zuletzt hat sie mir bestätigt, wie sehr Frankreich Paris und wie pariserisch Frankreich ist.

Abberufung Poelzigs abgelehnt

Eine Ohrfeige für den Nationalistenklüngel

Der Kampfbund für deutsche Kultur, eine deutsch-national-nationalsozialistische Organisation, hatte im Verfolg der Aktion der deutsch-nationalen Landtagsfraktion in einer Eingabe die sofortige Abberufung von Professor Poelzig als Leiter der Vereinigten Staatsschulen für freie und angewandte Kunst verlangt, da seine Berufung „eine Herausforderung aller deutschdenkenden Künstler“ sei. Das veranlaßt Reichskommissar Professor Dr. Kähler zu einem Schreiben, in dem die Abberufung mit folgender Begründung abgelehnt wird:

„Bei der Berufung zu einem wichtigen Amt, wie es die Leitung der Vereinigten Staatsschulen darstellt, ist das Urteil über die Gesamtpersönlichkeit ausschlaggebend. Ich habe besonderen Wert darauf gelegt, einen Mann zu berufen, dessen Schaffen in der deutschen Kunst wurzelt und der seine Befähigung als Lehrer und Leiter von Kunstschulen erwiesen hat. Was die künstlerische Befähigung Poelzigs angeht, so ist in der Öffentlichkeit schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß bereits Koeller van den Bruck (eine nationalsozialistische Autorität) Poelzig neben Peter Behrens als einzigen Baukünstler behandelt hat, der heute den „preussischen Stil“ in seinem Schaffen verkörpert. Auf der gleichen Linie liegen die Urteile über die kürzlich von der Akademie der Künste veranstaltete Poelzig-Ausstellung. Was schließlich die pädagogische Eignung angeht, so ist Poelzig bereits im Jahre 1902 auf Grund seines künstlerischen Rufes von dem damaligen König von Preußen mit der Leitung der Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau betraut worden. In vierzehnjähriger Tätigkeit hat er diese Anstalt durch seine Fähigkeiten zu großem Ansehen gebracht und darüber hinaus das ganze Kunstleben in Schlesien gefördert. Allein schon diese frühere Bewährung würde Professor Poelzig auch für sein neues Amt als Leiter der Vereinigten Staatsschulen besonders geeignet machen. Seit 1920 übt er seine Lehrtätigkeit an staatlichen Hochschulen in Berlin aus. Somit hat er in nicht viel weniger als drei Jahrzehnten preussischen Staatsdienstes seine Eignung hinlänglich bewiesen. Wenn in einer Besprechung der Ausstellung „Poelzig und seine Schule“ unter vielen ähnlichen Äußerungen auch und gerade auf Seiten der rechtsstehenden Presse gesagt wird: „Hier läßt wirklich einmal ein Meister seine Schüler nicht nur an seiner Arbeit, sondern an seinem Erfolg teilnehmen. Er beweist damit auf das Schönste, daß er nicht nur ein akademisch bestellter Lehrer, sondern ein Führer mit innerem Auftrag ist.“ so steht dies in scharfem Widerspruch zu der Behauptung der Beschwerdeschrift, die Ernennung Poelzigs sei eine Herausforderung aller deutschdenkenden Künstler.“

Mit derselben Deutlichkeit, mit der bereits Professor Poelzig die Schamlosigkeit des Nationalistenklüngels kennzeichnet, wird hier von einer Regierungsstelle, die Fleisch vom Fleisch der Deutschenationalen ist, bestätigt, daß deutsch-nationale und nationalsozialistische Politiker an verantwortlicher Stelle mit dem Begriff „deutsch“ Scheinbilder treiben, um eine Persönlichkeit von nicht nur internationalen, sondern auch verantwortlichem Ruf in nationalem Sinne zur Strecke zu bringen.

Poelzig wiedergewählt

Der Gesamtsenat der preussischen Akademie der Künste teilt mit:

Der Gesamtsenat der preussischen Akademie der Künste hat in einer heute (Mittwoch) auf besonderen Wunsch des Präsidenten Mar von Schillinge anberaumten Sitzung Professor Hans Poelzig, der vor einigen Tagen sein Amt als stellvertretender Präsident der Akademie niedergelegt hat, wiedergewählt. Der Senat wünscht damit zugleich zum Ausdruck zu bringen, daß er für Poelzig eintritt gegenüber den in der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen Vorwürfen und besonders gegen die Unterstellung, er allein trage die Verantwortung der Veranstaltung der belgischen Ausstellung. Diese Ausstellung ist bereits im April vorigen Jahres nach unter Mar Liebermanns Präsidentenschaft prinzipiell und im November vorigen Jahres in der ersten von Mar von Schillinge geleiteten Gesamtsitzung endgültig beschlossen worden. Präsident von Schillinge hat sich Professor Poelzig mit Entschiedenheit zur Seite gestellt und erklärt, daß er selbst die Verantwortung für die belgische Ausstellung trage.

Enthüller Lubendorff

Oder: Meschugge ist Trumpf

Gemoffe Philipp Scheidemann schreibt uns: Im Lubendorff-Verlag erscheint als Wochenblatt auch ein sogenanntes „Polksgerich“. Von der Existenz dieses Papiers haben wir nur durch einen glücklichen Zufall Kenntnis erhalten. In der uns zu Gesicht gekommenen Nummer wird eine Trommelsteuer gegen die Sozialdemokratie veranstaltet.

Die freimaurerischen „Arbeiter“-Internationalen, heißt es dort, hätten schon 1906 in Stuttgart beschloffen, daß die Wehrmacht des deutschen Volkes sabotiert werden müßte; das deutsche Volk müsse unfähig gemacht werden, sich „gegenüber dem von Rom-Juda geplanten Ueber-

fall zu verteidigen“. General Lubendorff wisse das ganz genau und habe es auch in einer besonderen Schrift enthüllt, nämlich

„die Verschwörung im Odd-Fellow-Palast zu Kopenhagen im Jahre 1910. Von deutscher Seite waren die Arr. Freimaurer Ebert, Scheidemann und andere Prominente vertreten. Hier wurde ihnen die Aufgabe sublimiert, den Kriegsausbruch zu ermöglichen, die Volksoberleitung zu sabotieren“.

Ebert und Scheidemann sind niemals Freimaurer gewesen; auch hat keiner von beiden jemals den Logenpalast in Kopenhagen betreten; niemals (außer vielleicht in Irrenhäusern) sind irgendwo Beschlüsse gefaßt worden, wie sie der General Lubendorff „enthüllt“.

Chronik deutscher Treue

Wer bekämpfte wen — wann — wo?

Für den Schulunterricht kommende Generationen sei hier versucht, eine Chronik der „Einigkeit“ im nationalen Lager aufzustellen, aus der zugleich die unwandelbare Treue deutscher Reden von Mann zu Mann zu ersehen ist.

Herbst 1931: Hugenberg und Hitler gründen die Harzburger Front gegen Brüning-Groener. Schleicher als Groeners Stabschef und von Papen als Zentrumsabgeordneter kämpfen im Lager Brünings gegen Hugenberg und Hitler.

Frühjahr 1932: Schleicher stürzt seinen Vorgänger, den Reichswehrminister Groener.

Juni 1932: von Papen und Schleicher stürzen nach Verständigung mit Hugenberg und Hitler das Kabinett Brüning. Von Papen wird Reichskanzler, Reichstagsauflösung gegen Links und Mitte.

Juli 1932: Nach anfänglicher Befolgheit distanzieren sich Hitler von dem Kabinett von Papen. Reichstagswahlen bei ungeklärter Konstellation.

August 1932: Hitler vertrachtet sich endgültig mit von Papen. Er tritt in scharfer Opposition zur Regierung von Papen, jedoch mit Ausnahme des Reichswehrministers Schleicher, der eifrig von ihm umworben wird. Hugenberg unterstützt von Papen.

September 1932: Unter Führung des Nazipräsidenten Göring beschließt der Reichstag mit erdrückender Mehrheit ein Mißtrauensvotum gegen von Papen, für den allein die Deutschenationalen stimmen, während gleichzeitig von Papen den Reichstag gegen die Nationalsozialisten auflöst.

Oktober 1932: Hugenberg und Hitler liefern sich einen furchtbaren Wahlkampf. Saalschlachten zwischen Stahlhelm und SA systematische Sprengung deutsch-nationaler Versammlungen durch Nationalsozialisten.

November 1932: Schleicher stürzt von Papen und wird an dessen Stelle Reichskanzler. Es gelingt ihm, Gregor Ströher von Hitler zu trennen. Ströher ist für Unterstützung Schleichers durch die NSDAP.

Dezember 1932: Im Reichstag weicht die Hitlerpartei dem offenen Kampf gegen Schleicher aus



„Ich begreife nicht. Sonst war ich doch gerade der Fachmann im Minenkrieg.“

und strebt nach Vertagung des Konflikts, da sie Wohlklang hat. Hugenburgs Partei auf Seiten Schleichers.

Anfang Januar 1933: Hitler verbündet sich in Köln mit Herrn von Papen gegen Schleicher und schafft so ein Gegengewicht gegen die Konstellation Schleicher-Ströher.

Ende Januar 1933: Hugenberg, bisher Schleichers einzige parlamentarische Stütze, sagt der Regierung Schleicher den Kampf an, so daß jetzt gegen Schleicher die Konstellation Hugenberg-Hitler-Papen steht.

Februar 1933: (Scharfsinnige Leser mit guter Kombinationsgabe können die Februarkonstellation im voraus sagen, indem sie aus den bisherigen Konstellationen die wenigen noch nicht verwirklichten Gruppierungsmöglichkeiten ableiten, die nunmehr herankommen müssen.)

Jedenfalls ist die konsequente Fortführung des nationalen Einheitskampfes in absolut geradliniger Richtung und bei unüberbrücklicher Mannes-treue der leitenden Personen gegenwärtig gewährleistet.

Letztliche Willfür

Entrechtung der Minderheitsvölker

Eigener Bericht des „Vormärts“

Riga, 25. Januar.

Den höheren Schulen der Minderheiten will man, wie aus einer Ankündigung der Regierung hervorgeht, die staatlichen Zuschüsse entziehen. Die allgemeine Unterrichtssprache für Schüler aller Nationalitäten habe lettisch zu sein. Es stehe den Minderheiten frei, ihre Kinder

in Privatschulen zu schicken, die sie auf eigenen Mitteln unterhalten müßten!

Noch schärfere Maßnahmen gegen die verfassungsmäßig verbürgten Rechte der Minderheiten will man durch — Rotverordnung ottropieren!

Warschauer Alarm

Gegen Hegemonieakt

Eigener Bericht des „Vormärts“

Warschau, 25. Januar.

Der vom „Journal de Genève“ wiedergegebene angebliche englische Plan eines Viermächte-blocks zwischen England, Frankreich, Deutschland und Italien mit ausgesprochener Hegemoniestellung in Europa ruft hier größte Beunruhigung hervor, vor allem deshalb, weil daran auch Deutschland teilnehmen soll. Die Presse zeigt große Aufregung und halbamtlich wird betont, daß diese Aktionen der betreffenden Großmächte von der polnischen Vertretung in Genf mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Weiter erklären die Blätter, daß Polen sich einem solchen Plan mit aller Energie widersetzen werde. Außenminister Beck werde bei passender Gelegenheit in Genf entsetzlich dagegen auftreten. Wenn auch die Möglichkeit der Durchführung dieser Idee nur mit größter Skepsis aufgenommen werden müßte, so verdiene sie doch Beachtung. So meint die halbamtliche „Gazeta Polska“, weil für England die Möglichkeit an der Spitze der vier Großmächte die Stellung eines Schiedsrichters in Europa einzunehmen, eine starke Verlockung sei. Die Verwirklichung dieses Planes sei aber trotzdem zweifelhaft, denn er trage nicht der Egoizenz von Amerika, Japan, Sowjetrußland und anderer Mächte Rechnung, und weil er wohl nicht den Interessen aller vier Teilnehmer entsprechen würde.

In Polen ist man stets sehr mißtrauisch gegen jede Idee, die Polen vielleicht den ständigen Bestand Frankreichs entziehen könnte. Ueberdies will man durchaus Großmachtstellung haben. Bei alledem sollte man aber doch nicht so weit gehen, sich auf die Nichtbeziehung außerhalb europäischer Staaten und des Sowjetreiches in eine westeuropäische Gruppierung zu berufen! Speziell Rußland dürfte nicht darauf angewiesen sein, seine Interessen durch Polen vertreten zu lassen.

Klaggestan

Zustände im Naziparadies

Eigener Bericht des „Vormärts“

Braunschweig, 25. Januar.

Die sozialdemokratische Fraktion hat am Mittwoch folgende Anfrage eingebracht:

„Ruhe und Ordnung sind im Freistaat Braunschweig empfindlich gestört, seitdem Minister Klagges für die öffentliche Sicherheit verantwortlich ist. Ueberfälle von Nationalsozialisten auf politische Andersdenkende sind keine Seltenheit. Mordtaten häufen sich in erschreckender Weise, ohne daß auch nur in einem Falle ein Täter zur Verantwortung gezogen ist. Sprengstoff-Attentate, die Leben und Eigentum friedlicher Einwohner in Gefahr bringen, sind bis zum heutigen Tage nicht gestraft, obwohl die Täter seit Monaten bekannt sind. Die Erregung über das passive Verhalten der zuständigen Stellen ist noch gesteigert durch die Tatsache, daß zwei von den verhafteten Nationalsozialisten, die an den Sprengstoff-Attentaten entweder beteiligt waren oder darüber wußten, sich einer Urteilsurteilung durch die Justiz entziehen konnten. Wie fragen: Ist das Staatsministerium endlich bereit, Polizei und Staatsanwaltschaft zur energischeren Verfolgung des politischen Verbrechertums im Lande Braunschweig anzuhelfen?“

Kein Geld für Invaliden!

Die Not der Sozialrentner

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstags trat am 25. Januar in die Beratung der Beseitigung von Härten in den Rotverordnungen ein, soweit es sich um die Unfall- und Invalidenversicherung handelt. In einem umfassenden Antrag der sozialdemokratischen Fraktion wurde als vordringlich verlangt:

die volle Gleichstellung der Wegunfälle mit den Betriebsunfällen wiederherzustellen; die Kleinrenten wieder zu gewähren; die Kürzung der Unfallrenten aus der VO. vom 14. Juni 1932 aufzuheben; die verschiedene Behandlung der Unternehmern gegenüber anderen Versicherten zu beseitigen; in der VB. die Altersrenten wieder ausleben zu lassen; in der Unfall-, Invaliden- und Knappschaftsversicherung die Kürzungen der Leistungen durch die VO. vom 14. Juni 1932 aufzuheben; Kindergeld und Waisenrenten bis zum vollendeten 18. Lebensjahr zu gewähren; in der Invaliden- und Angestelltenversicherung die Zusatzrente wieder herzustellen.

Hg. Karsten (Soz.) gab ein Gesamtbild über das furchtbare Elend der Sozialrentner und erklärte es als unerträglich, daß auch weiterhin für die unbegrenzte Reichshilfe an die Großagrarien einerseits, an die armen Sozialrentner andererseits für die Prüfung der Hilfsbedürftigkeit zweierlei Maß gelten soll. Der Wiederaufbau der Sozialversicherung kann nicht ausschließlich aus Beiträgen bewältigt werden, das Reich muß seine soziale Pflicht erfüllen.

In der Einzelerörterung protestierte der Redner

gegen die Bestimmung, wonach die noch durch Nebenarbeit krankenversicherungspflichtigen Invaliden im Falle der Erkrankung ihrer Invalidenrente verlustig gehen. In der VB. müssen jetzt 250 Pflichtbeiträge entrichtet sein, um Rentenansprüche geltend zu machen. Früher genügte 200 Beiträge, davon 100 Pflichtbeiträge. Erst am gestrigen Tage hat das Reichsversicherungsamt nach dieser Verordnung einer invaliden Witwe die Rente verweigern müssen, obwohl der verstorbene Mann Invalidenrente erhalten hatte. Die Witwe bekommt aber keine Rente, weil der Mann nur 214 Beiträge geleistet hat.

Schmidt (Dnat.) erklärte, seine Fraktion werde für alle sozialdemokratischen Anträge stimmen, um dann bei der Deckung der Lasten eine Neuregelung im Sinne seiner Partei erzwingen zu können. Schwarz (B. Sp.) bezeichnet diese Haltung der Deutschenationalen als Katastrophenpolitik.

Nach weiterer Debatte gibt Frau Teusch (Z.) vor den Abstimmungen die Erklärung ab, daß sich Zentrum und Bayerische Volkspartei mit Ausnahme von den von ihnen gestellten Anträgen an den Abstimmungen nicht beteiligen werden.

In der Abstimmung wurde dann mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten der weitest gehende Antrag angenommen, durch den generell alle Verschlechterungen aus der Rotverordnung aufgehoben werden sollen.

Die bürgerlichen Parteien haben sich größtenteils der Abstimmung enthalten. In einem weiter angenommenen Antrag wird die Regierung aufgefordert, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die Beteiligung der Arbeitnehmer in den Berufsgenossenschaften sicherstellt.

